

ein Widerruf erfolgt oder nicht, nicht mehr wirksam angenommen werden kann. Daraus folgt aber: War am 6. September beim Einlangen der Annahmeerklärung des Antragsempfängers die Annahmefrist für die Offerte noch nicht abgelaufen, so ist der Widerruf der Beklagten wirkungslos; war dagegen die Annahmefrist bereits verstrichen, so war der Antrag ohne weiters dahingefallen und der Widerruf war überflüssig.

6. Die Vorinstanz nimmt nun an, es sei dem Antrage vom 30. Mai 1884 stillschweigend eine längere als die gesetzliche Annahmefrist des Art. 5 Absatz 1 D.-R. beigelegt worden; es liege also ein Antrag mit gewillkürter Annahmefrist gemäß Art. 3 D.-R. vor. Es ist nun zuzugeben, daß eine gewillkürte Annahmefrist auch stillschweigend gesetzt werden kann (Art. 1 Satz 2 D.-R.; vergl. Entscheidung des Bundesgerichtes in Sachen Guhl gegen Schmid & Cie. vom 23. Januar 1886, Amtliche Sammlung XI S. 207, Erw. 4); und wenn die Vorinstanz im vorliegenden Falle aus der Natur des Geschäftes und den Umständen gefolgert hat, es habe eine angemessene, längere Deliberationsfrist eingeräumt werden wollen, so ist dies gewiß keineswegs rechtsirrhümlich, sondern es ist im Gegentheil dieser Entscheidung aus den vom Vorderrichter angeführten Gründen durchaus beizutreten. Dagegen ist allerdings anzunehmen, daß auch diese, stillschweigend eingeräumte, angemessene Annahmefrist am Tage des Einganges der Annahmeerklärung bereits verstrichen und der Antrag daher dahingefallen war, so daß er nicht mehr gültig akzeptirt werden konnte. Zwar ist es gewiß nicht richtig, wenn der Anwalt der Beklagten heute auf die in Art. 60 des Luzernischen Konkursgesetzes für das Zustandekommen eines gerichtlichen Akkommodements festgesetzten Fristen verwiesen und ausgeführt hat, dieselben seien überwartet worden, es sei daher das Akkommodement gescheitert und folgeweise auch der Nachlaßvertrag zwischen Kläger und Beklagter, welcher als ein pactum de contrahendo, gerichtet auf Abschluß eines gerichtlichen Akkommodements, erscheine, dahingefallen. Denn um ein gerichtliches Akkommodement, beziehungsweise einen Vorvertrag zu einem solchen, handelte es sich in concreto überall nicht; vielmehr suchte der Kläger durch privates Abkommen mit seinen Gläubigern eine Erklärung derselben zu erwirken,

daß sie für ihre Forderungen befriedigt seien, so daß der Konkurs aufgehoben werden könne. Allein es muß doch festgehalten werden, daß die Beklagte sich durch ihre Offerte vom 30. Mai nicht auf unbeschränkte, sondern nur auf angemessene Zeit binden lassen wollte. Nun ließ aber der Kläger vor Beantwortung dieser Offerte mehr als ein Vierteljahr verstreichen, einen Zeitraum, nach dessen Verstreichen auch im gewöhnlichen bürgerlichen Verkehr eine Antwort auf ein Angebot oder eine Anfrage nicht mehr erwartet zu werden pflegt und welcher diejenige Frist, welche die Beklagte als angemessene Antwortfrist bei Stellung ihrer Offerte betrachten mochte, überschreitet.

Demnach hat das Bundesgericht

erkannt:

Die Weiterziehung ist als begründet erklärt; es wird demnach, in Abänderung des angefochtenen Urtheils des Obergerichtes des Kantons Luzern vom 11. Mai 1886, die Klage abgewiesen und gemäß dem Rechtschlusse der Beklagten erkannt, Kläger habe die beklagliche Forderung von 4000 Fr. nebst Zins vom 15. resp. 16. November 1876 als noch zu Recht bestehend anzuerkennen.

95. Urtheil vom 29. Oktober 1886 in Sachen Bank in Luzern gegen Bielmann.

A. Durch Urtheil vom 29. Mai 1886 hat das Obergericht des Kantons Luzern erkannt:

1. Der Beklagte sei nicht gehalten anzuerkennen, der Klägerin aus wechselähnlichem Papier Ordre Schoch vom 29. Oktober 1884, fällig 31. Januar 1885, 5000 Fr. in Conto-Corrent schuldig zu sein nebst entsprechenden Interessen, sondern es sei die Klage gänzlich abgewiesen.

2. Frage Klägerin sämmtliche, dieses Prozesses wegen erlangenen Kosten und vergüte sie daher an ihre Gegenpartei 259 Fr. 55 Cts.

3. An ihre Anwälte haben zu bezahlen: Klägerin an Herrn

Fürsprech Dr. Joh. Winkler 280 Fr., Beklagter an Herrn Fürsprech Josef Weber 259 Fr. 55 Cts., wobei die Gebühren und Auslagen für das Gutachten nicht inbegriffen sind.

4. U. f. w.

B. Gegen dieses Urtheil ergriff die Klägerin die Weiterziehung an das Bundesgericht. Bei der heutigen Verhandlung beantragt ihr Anwalt: Es sei in Abänderung des vorinstanzlichen Urtheils die Klage gutzuheissen, unter Kostenfolge. Dagegen beantragt der Vertreter des Beklagten, es sei, in Bestätigung des angefochtenen Urtheils, die Klage abzuweisen, unter Kostenfolge.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1. In thatsächlicher Beziehung ist aus den Akten folgendes hervorzuheben: Die Bank von Luzern stand seit dem Jahre 1879 mit dem Beklagten L. Biemann im Contocurrentverkehr; bis zum Frühjahr 1883 bediente sich der Beklagte bei seinen Abgaben auf die Bank eines Checkformulars derselben, wobei indeß die Verfalltermine der so ausgestellten Anweisungen von ihm nach Belieben festgestellt wurden. Nach dem Inkrafttreten des eidgenössischen Obligationenrechtes erklärte die Bank, daß sie ihre Checkformulare nur mehr als Checks gemäß den Bestimmungen des schweizerischen Obligationenrechtes verwenden lasse. Der Beklagte antwortete darauf am 14. März 1883, er werde in Zukunft „Ordrebillets“ (d. h. Ordreanweisungen) auf die Bank abgeben. Am 26. November 1879 hatte der Beklagte der Bank mitgetheilt, daß sie nur solche von ihm auf sie ausgestellte „Checks“ bezahlen solle, welche er ihr avisiert habe. Am 29. Oktober 1884 stellte der Beklagte auf die Klägerin eine Anweisung aus, welche folgendermaßen lautet:

N^o 17436.

Lucerne, le 29 Octobre 1884.

5000 fr.

Au 31 Janvier 1885 payez à l'ordre de Messieurs J. Schoch fils. Frs. cinq mille.

M. A la

Banque

Lucerne.

L. Biemann.

Diese Anweisung wurde vom Remittenten J. Schoch fils am 1. November 1884 an Schoch, Bruggmann & Cie. und von diesen am 3. gleichen Monats an Marcuard, Krauß & Cie. in Paris indossirt. Marcuard, Krauß & Cie. sandten das Original an die Bankiers J. Mazzola & fils in Luzern zur Einholung des Akzeptes. Obschon die Bank in Luzern einen Avis des Ausstellers, die genannte Anweisung einzulösen, nicht erhalten hatte, ertheilte sie dennoch das nachgesuchte Akzept und machte hievon dem Beklagten durch Schreiben vom 5. November 1884 (in welchem das Papier als Check bezeichnet ist) Mittheilung, mit der Bemerkung, daß sie ihn dafür „Val. b. Verfall“ belaste. Auf diese Anzeige antwortete der Beklagte nicht. Vermitteltst Copie wurde die Anweisung von Marcuard, Krauß & Cie. am 28. November 1884 an die Bank von Argau und von dieser am 27. Januar 1885 an die Bank in Luzern indossirt. Nachdem inzwischen, am 24. November 1884, der Anweisungsempfänger gestorben und in der Folge über sein Vermögen der Konkurs eröffnet worden war, äußerte der Beklagte einige Tage vor Verfall gegenüber der Klägerin mündlich den Wunsch, sie möchte die Anweisung protestiren lassen, worauf aber die Klägerin durch Schreiben vom 29. Januar 1885 nicht eintreten zu können erklärte. Mit Schreiben vom 30. Januar 1885 verbot hierauf der Beklagte der Klägerin die Einlösung, unter Berufung auf die seiner Zeit ertheilte Weisung, seine Abgaben nur nach Avis zu honoriren. Die Klägerin löste indeß nichtsdestoweniger die Anweisung bei Verfall ein und belastete den Beklagten dafür, wogegen derselbe mit Schreiben vom 4. Februar sofort protestirte. Festgestellt ist, daß thatsächlich die Checks und Anweisungen des Beklagten auf die Klägerin (mit Ausnahme der in Frage stehenden) nur nach Avis eingelöst wurden und ebenso ist festgestellt, daß der Beklagte nicht Schuldner des Anweisungsempfängers Schoch fils, sondern im Gegentheil Gläubiger desselben war.

2. Die Anweisung vom 29. Oktober 1884 ist ohne Zweifel nicht eine einfache, sondern eine wechselähnliche Anweisung im Sinne des Art. 839 D.-R.; sie ist im Kontexte weder als Check noch als Wechsel bezeichnet, lautet aber ausdrücklich

„an Ordre“ und entspricht im Uebrigen sämmtlichen Erfordernissen des gezogenen Wechsels. Daß sie nicht im Kontexte als Anweisung bezeichnet ist, ändert hieran nichts. Denn dies war wohl nach den Bestimmungen des sogenannten Wechselkontordates ein notwendiges Erforderniß der Anweisung nach Wechselrecht, ist es dagegen nicht mehr nach der unzweideutigen Bestimmung des Art. 839 D.-R. Es finden also auf die streitige Anweisung (vorbehältlich der in Art. 841 und 842 bezüglich der Akzeptabilität und der prozessualen Wechselstrenge statuirten Ausnahmen) die Vorschriften über den gezogenen Wechsel Anwendung.

3. Ein wechselfähiger Anspruch steht aber trotzdem der Klägerin nicht zu. Denn die Anweisung ist ja durch die von der Akzeptantin bei Verfall geleistete Zahlung erloschen. Rechte aus dem Papier bestehen also nicht mehr, sondern es kann sich nur noch um einen civilrechtlichen Anspruch aus dem unterliegenden Verhältnisse handeln. Die Klägerin behauptet denn auch, der Beklagte habe ihr mit der *actio mandati contraria* auf Ersatz der ihr durch Ausführung eines Zahlungsauftrages entstandenen Auslagen (Art. 400 D.-R.); in zweiter Linie stützt sie sich auf den Rechtsgrund der ungerechtfertigten Bereicherung.

4. Was nun zunächst den ersten Gesichtspunkt anbelangt, so hat die Vorinstanz festgestellt, daß die vom Beklagten am 26. November 1879 ertheilte Weisung, nur die von ihm avisirten „Checks“ zu bezahlen, sich nicht nur auf die vor dem März 1883 ausgestellten Checks, sondern auch auf die seither abgegebenen Ordreanweisungen beziehe. Diese Feststellung stützt sich wesentlich darauf: Die Bezeichnung Check sei von den Parteien nicht als eine technische gebraucht, sondern auch auf die seit 1883 verwendeten Anweisungen angewendet worden, wie denn gerade die hier in Frage stehende Anweisung von der Klägerin in ihrem Schreiben vom 5. November 1884 als Check bezeichnet werde; es seien auch thatsächlich, nach wie vor 1883, die sämmtlichen Abgaben des Beklagten der Klägerin avisirt und von dieser erst nach Avis eingelöst worden. Diese Entscheidung beruht auf einer Feststellung des Parteiwillens, welcher ein Rechtsirrtum nicht zu Grunde liegt. Die gegen dieselbe von der Klägerin (im Anschlusse an von ihr eingeholte Rechts-

gutachten des Professors Fick und des Dr. Niggeler) erhobenen Einwendungen sind unerheblich. Wenn nämlich in erster Linie darauf hingewiesen wird, daß bei auf Bankformularen ausgestellten Checks die Gefahr einer Fälschung oder eines Mißbrauchs viel näher gelegen habe, als bei selbstgeschriebenen Zahlungsanweisungen, so ist vorerst, da die Beschaffenheit der vor 1883 von der Klägerin gebrauchten Checkformulare sich aus den Akten nicht ergibt, gar nicht ersichtlich, ob diese Behauptung thatsächlich richtig ist oder nicht; sodann aber ist auch nicht dargethan, daß die gedachte Weisung des Beklagten Schutz gegen Fälschungen zum Zwecke gehabt habe und nicht vielmehr dem Beklagten die Möglichkeit der Kontremandirung sichern wollte. Wenn im Fernern darauf hingewiesen wird, daß die hier in Frage stehende Anweisung eine Klausel wie „laut Bericht“ u. s. w. nicht enthalte und daß daher die Bank habe annehmen dürfen, das auf frühere Verhältnisse berechnete Verbot ohne Avis zu zahlen, finde mindestens im Spezialfalle keine Anwendung, so ist auch diese Argumentation nicht schlüssig. War es überhaupt, wie die Vorinstanz feststellt, im Geschäftsverkehr zwischen den Parteien allgemein angenommene Norm, daß ohne Avis nicht gezahlt werden dürfe, so ist klar, daß das bezügliche Verbot nicht in jedem Einzelfalle erneuert zu werden brauchte. Demnach ist aber evident, daß die Bank, indem sie die Anweisung vom 29. Oktober 1884 ohne besondere Ermächtigung akzeptirte, auftragswidrig gehandelt hat. Denn wenn sie nach der zwischen den Parteien bestehenden Vereinbarung ohne Avis nicht zahlen durfte, so durfte sie gewiß auch ohne Avis nicht akzeptiren und damit eine unbedingte Zahlungsverbindlichkeit gegenüber dem legitimirten Inhaber der Anweisung auf sich nehmen. Einer Untersuchung der Frage, ob im Allgemeinen, abgesehen von spezieller Vereinbarung, der Angewiesene im Verhältniß zum Anweisenden befugt sei, eine wechselfähnliche Anweisung im Sinne des Art. 839 D.-R. zu akzeptiren, bedarf es somit im vorliegenden Falle nicht.

5. Nun behauptet aber die Klägerin, ihre Akzeption der Anweisung sei vom Beklagten durch sein Stillschweigen auf die Anzeile vom 5. November 1884 nachträglich genehmigt worden.

Allein diese Frage bedarf hier einer Entscheidung nicht. Denn die Klage ist jedenfalls aus einem andern Gesichtspunkte begründet: Die Anweisung vom 26. Oktober 1884 ist, wie bemerkt, eine wechselähnliche Anweisung; sie ist also nach Art. 893 D.-R. ein durch Indossament übertragbares Ordrepapier, aus welchem, wie beim gezogenen Wechsel, jeder Indossatar gegen den Aussteller selbständige, durch Einreden aus der Person seines Vormannes nicht zu entkräftende, Rechte erwirbt, welche im Wege des springenden Regresses geltend gemacht werden können. Zur Zeit der Akzeptation der Anweisung durch die Bank lag dieselbe bereits in den Händen eines dritten Indossatars, Marcuard, Krauß & Cie. in Paris, welcher das Akzept einholen ließ. Es ist nun unzweifelhaft, daß der Beklagte als Aussteller den Indossataren für den Fall der Nicht-honorirung der Anweisung, gesetzlich regreßpflichtig war und zwar konnte er, nach der Regel des springenden Regresses, unmittelbar vom letzten Indossatar belangt werden. Dadurch, daß die Bank die Anweisung akzeptirte und in Folge dessen bei Verfall einlöste, ist also der Beklagte von einer gesetzlichen Verpflichtung, von der Verpflichtung zur Bezahlung der Regreßsumme, befreit worden. Wenn ihm nun diese Befreiung zu Gute käme, ohne daß er dem zahlenden Akzeptanten Deckung zu leisten hätte, so würde er dadurch auf Kosten des letztern ungerechtfertigt bereichert (Art. 70 u. ff. D.-R.). Daß er für die Anweisung vom Anweisungsempfänger einen Gegenwerth nicht empfangen sondern diesen kreditirt hatte, ändert hieran nichts. Denn eine Bereicherung liegt gewiß auch in der Befreiung von einer gesetzlichen Verpflichtung. Die Voraussetzungen der wechselrechtlichen Bereicherungsklage des Art. 813 Absatz 2 und 3 D.-R. liegen freilich, da es sich ja nicht um eine Bereicherung zu Folge Verjährung oder Präjudizirung eines Wechsels, beziehungsweise einer Anweisung handelt, nicht vor, wohl aber die allgemeinen civilrechtlichen Voraussetzungen einer ungerechtfertigten Bereicherung. Es müßte übrigens, nach dem Dargelegten, in der Akzeptation und Zahlung durch die Klägerin auch eine nützliche Geschäftsbeforgung ohne Auftrag für den Beklagten im Sinne des Art. 472 D.-R. gefunden werden,

denn es ist ja gewiß klar, daß die Klägerin dabei im Interesse und für Rechnung des Beklagten handelte. Wenn der Beklagte einwendet, daß möglicherweise die Nachmänner ihren Regreß gegen den Anweisungsempfänger Schoch genommen hätten und daß er dann einen weitem Regreßanspruch des Schoch durch Einreden hätte eludiren können, so kann hierauf nichts ankommen. In der durch die Zahlung der Akzeptantin bewirkten Befreiung des Beklagten von seiner gesetzlichen Regreßpflicht gegenüber den Indossataren der Anweisung muß eine Bereicherung desselben, beziehungsweise eine nützliche Geschäftsführung für ihn, so lange erblickt werden, als er nicht positiv nachweist, daß er auch ohne die Zahlung der Akzeptantin von seiner Verpflichtung, ohne Aufopferung seinerseits, befreit worden wäre. Uebrigens ist ja evident, daß es nach den vorliegenden tatsächlichen Verhältnissen zum Mindesten äußerst unwahrscheinlich ist, daß der Anweisungsinhaber seinen Regreß gegen die Masse des verstorbenen Anweisungsempfängers Schoch und nicht gegen den völlig solventen Aussteller genommen hätte.

6. Zu Unterstützung dieser Entscheidung mag noch auf Folgendes hingewiesen werden: Die Bank in Luzern war durch Indossament der aargauischen Bank vom 27. Januar 1885, also vor Verfall, legitimirte Inhaberin der Anweisung geworden. Dieses Indossament an den Akzeptanten ist unzweifelhaft vollkommen gültig und es ist durch dasselbe vor Verfall ein Untergang der Anweisungsschuld durch Vereinigung nicht herbeigeführt worden; vielmehr hätte die Bank in Luzern ihrerseits die Anweisung weiter begeben können (Art. 728 D.-R.). Nun ist allerdings sehr bestritten, ob nach Verfall der Akzeptant, der zugleich letzter Indossatar ist, Rechte aus dem Wechsel, beziehungsweise der Anweisung, überhaupt noch geltend machen oder übertragen könne. Es ist indeß wohl anzunehmen, daß der Akzeptant, der zugleich letzter Indossatar ist, die Wahl hat, bei Verfall entweder das Papier als bezahlt zu behandeln oder aber bei sich selbst Protest zu erheben und Regreß zu nehmen. (S. in diesem Sinne Thöl, Wechselrecht, 3. Aufl. S. 774.) Sein Regreßanspruch muß freilich in der Regel unwirksam bleiben, da demselben seitens der Vormänner die liquide

Einrede entgegengesetzt werden kann, daß der Kläger in seiner Stellung als Akzeptant und prinzipaler Schuldner die Regresssumme sofort wieder zu erstatten verpflichtet sei. Wäre nun in casu die Bank in Luzern in dieser Weise vorgegangen, so hätte ihr Regressanspruch zwar nicht gegenüber den übrigen Vormännern, wohl aber gegenüber dem Aussteller der Anweisung, dem Beklagten, durchdringen müssen. Denn der aus dem Akcepte der Bank herzuleitenden Einrede stand dem Beklagten gegenüber die Replik des Dolus entgegen, da ja eben der Beklagte dieses Akcept nicht als für sich verbindlich gelten lassen will.

Demnach hat das Bundesgericht
erkannt:

Die Beschwerde wird als begründet erklärt und es wird demnach in Abänderung des angefochtenen Urtheils des Obergerichtes des Kantons Luzern vom 29. Mai 1886 der Klägerin ihr Klagebegehren zugesprochen.

96. Arrêt du 30 Octobre 1886 dans la cause
Haas et C^{ie} contre Peloux.

J. Peloux-Court, à Genève, a travaillé depuis 1871 jusqu'à la fin de 1882 en qualité de monteur de boîtes pour la maison B. Haas jeune et C^{ie}, soit actuellement B. Haas jeune. Plusieurs réglemens ont eu lieu entre les parties, dont le dernier en date du 17 Novembre 1881.

Le 12 Janvier 1882, Haas et C^{ie} ont adressé au parquet une plainte, dans laquelle ils expliquaient que, durant leurs relations avec Peloux-Court, celui-ci avait fabriqué pour eux 2699 boîtes en or; que, vers la fin de 1881, ils se sont aperçus que chaque montre restituée par Peloux-Court après le finissage avait subi une diminution de poids variant entre six et trois grammes quarante-huit centigrammes; que ces montres devaient avoir été soumises à un limage ou à un procédé de grattage destiné à les dépouiller d'une partie de

leur or; que le déchet normal ne devait être que de 75 centigrammes par boîte, et que, en déduisant ce déchet de celui réellement constaté, il en résultait pour eux une perte effective de 16761 fr. 72 c. Les plaignants ajoutaient que Peloux-Court avait en mains un poinçon portant la marque de la maison Haas et C^{ie}; qu'il appliquait ce poinçon sur les boîtes de la maison et que cet outil ne lui avait pas été remis par eux. Ils concluaient à ce qu'une instruction pénale fût faite sur les agissements dont ils se plaignaient, et dont, disaient-ils, il leur importait de connaître les auteurs ou leurs complices.

Le Juge d'instruction dirigea des poursuites contre Peloux-Court au sujet des faits signalés dans la plainte.

Pendant la procédure pénale ouverte contre lui, Peloux-Court a fait assigner Haas et C^{ie} devant le Tribunal de commerce par exploit du 27 Avril 1882 et leur a réclamé la somme de 12533 fr. 95 c., résultant d'un compte courant commençant le 8 Février 1879 et se clôturant le 8 Mars 1882. Haas et C^{ie} n'ont reconnu devoir que 6463 fr. 20 c. et ils se sont portés reconventionnellement demandeurs de la susdite somme de 16761 fr. 71 c. provenant des déchets dont il est parlé dans leur plainte, et en invoquant les mêmes faits.

Le 12 Mai 1882, les parties ont signé un compromis aux termes duquel elles ont mis fin à l'instance introduite devant le Tribunal de commerce et ont confié la décision de leurs difficultés à des arbitres.

Pendant cet intervalle de temps, l'instruction pénale était poursuivie; après l'audition de divers témoins et plusieurs confrontations entre les parties, Haas et C^{ie} retirèrent leur plainte par lettre du 29 Mars 1883, et la chambre des mises en accusation, après avoir pris connaissance de toutes les pièces de la procédure, déclara, par ordonnance du 19 Avril suivant, qu'il n'y avait pas lieu à suivre contre Peloux-Court.

Durant cette même période, la cause introduite devant les arbitres avait été instruite. Haas et C^{ie} renouvelèrent devant ces nouveaux juges les imputations signalées dans leur plainte et produisirent celle-ci devant le Tribunal arbitral.

Statuant le 10 Mars 1883, les arbitres ont reconnu Peloux-Court créancier de 11 667 fr. 80 c. et ils ont repoussé la demande reconventionnelle de Haas et C^{ie}.

Le 16 Mai 1883, Peloux-Court a cité Haas et C^{ie} devant le Tribunal civil et leur a réclamé 10 000 francs à titre de dommages occasionnés par la plainte dirigée contre lui; Haas et C^{ie} ont repoussé la demande par les moyens ci-après :

a) La plainte n'a pas été portée contre Peloux-Court personnellement et il n'y est pas dénoncé comme l'auteur des abus de confiance qui sont signalés dans la dénonciation.

b) Les faits dénoncés dans la plainte ont été établis par la procédure pénale.

c) Ces mêmes faits ont été reconnus exacts par Peloux lui-même dans sa lettre du 29 Décembre 1881.

d) Le demandeur n'a pas souffert de dommages.

D'autre part, Haas et C^{ie} ont réclamé également une somme de 10 000 fr. pour des imputations contenues dans une carte postale que Peloux leur a envoyée le 13 Février 1884, et conçue comme suit :

« Monsieur B. Haas jeune, Paris.

» Monsieur,

» J'ai sous les yeux les arguments par lesquels vous prétendez anéantir l'accusation de calomnie que je formule en ce moment contre vous. Il serait vraiment surprenant de voir un honnête ouvrier vilipendé par un homme qui, comme vous, n'avez pas craint pendant des années de produire de fausses déclarations aux douanes de votre pays, de même que d'apposer le poinçon du 18 karats sur des boîtes fourrées de cuivre. Si la descente de police faite dans votre maison de Genève n'a pas suffi, vous ne perdrez rien pour attendre. »

Par son jugement du 6 Avril 1886, le Tribunal civil a débouté les deux parties de leurs conclusions.

Peloux-Court a recouru contre ce jugement et Haas et C^{ie} ont formé un appel incident.

Statuant par arrêt du 5 Juillet suivant, la Cour de Justice a réformé le jugement rendu par le Tribunal civil, et, sta-

tuant à nouveau, a condamné B. Haas jeune et C^{ie} à payer avec intérêts, dès la demande juridique, soit dès le 16 Mai 1883, la somme de 7000 fr. à Peloux-Court, à titre de dommages-intérêts et condamné de plus B. Haas jeune et C^{ie} aux dépens de première instance et d'appel, en déboutant les parties du surplus de leurs conclusions.

Cet arrêt se fonde sur les motifs ci-après :

Sur la demande de Peloux-Court, soit sur les moyens invoqués par Haas et C^{ie} pour la combattre :

Ad a. ci-dessus : Il résulte clairement de la lettre de dénonciation envoyée par Haas et C^{ie} au procureur-général que la plainte était dirigée directement et personnellement contre Peloux seul; le seul fait dénoncé par les plaignants, c'est que Peloux-Court leur livrait les boîtes avec une facture indiquant leur poids; ces boîtes étaient ensuite rendues à Peloux pour leur finissage, et qu'elles ne ressortaient de ses mains qu'après avoir subi les déchets dont ils se plaignent; de plus, dans tous les procès qui ont eu lieu entre parties, Haas et C^{ie} ont continuellement agi contre Peloux seul.

Ad b. Haas et C^{ie} ont déclaré que leurs relations avec Peloux ont duré dès 1874 à la fin de 1882, et il résulte de l'instruction pénale que pendant tout ce temps aucun déchet quelconque n'a été constaté lors des nombreuses remises de montres effectuées par Peloux à Haas et C^{ie} après le finissage; on ne peut comprendre comment des déchets aussi considérables et aussi répétés que ceux reprochés à Peloux auraient pu passer inaperçus pendant un si long espace de temps s'ils avaient réellement existé dans les proportions indiquées par Haas et C^{ie}. D'ailleurs tous les témoins et Haas lui-même ont reconnu que, entre la remise de la boîte brute et celle de la boîte après le finissage, chaque pièce est confiée successivement à d'autres ouvriers pour d'autres opérations, qui chacune entraîne un déchet spécial; dans le cas où un déchet quelconque aurait été constaté lors de la dernière remise effectuée par Peloux, il n'en résulterait pas que la responsabilité de cette perte dût retomber en entier sur celui-ci. Non seulement Haas et C^{ie} n'ont pas établi que les pièces livrées

par Peloux-Court présentaient le déchet qu'ils ont indiqué, mais le contraire résulte de l'appréciation et du rapprochement de divers faits acquis au procès; les arbitres ont constaté que le déchet sur les montres remises par Peloux à Haas et C^{ie} après le finissage était normal (2 grammes 95 au maximum par boîte) et ne dépassait pas la proportion tolérée dans le commerce; d'ailleurs ce déchet provenait en partie de travaux exécutés par d'autres personnes que Peloux, et restant à la charge exclusive de Haas et C^{ie} ou de ses ouvriers personnels.

Quant au poinçon, les documents du procès et de l'instruction pénale ne contiennent aucun renseignement positif: la solution de cette question est indifférente aux débats, puisque Haas et C^{ie} n'articulent pas que Peloux se soit servi de cet instrument au détriment de leurs intérêts, et qu'ils ne disent pas même à quel usage préjudiciable il aurait pu être employé.

Ad c. La lettre adressé par Peloux à Haas et C^{ie} le 29 Décembre 1881 ne contient aucun aveu des abus qui, plus tard, ont été reprochés à Peloux; elle ne renferme que des témoignages de reconnaissance pour la maison Haas et l'offre de réparer le dommage si quelque perte a pu être occasionnée par la faute ou la négligence de Peloux.

Ad d. L'accusation portée par Haas et C^{ie} est une des plus sérieuses qui puissent atteindre l'honneur et les intérêts d'un négociant; non seulement ils ont reconnu, en retirant leur plainte, que les faits à la base de leur accusation n'étaient pas établis, mais ils ont encore commis la faute grave de donner, au moins à la légère, aux déchets signalés dans leur dénonciation, les proportions exagérées qui leur imprimaient le caractère légal d'abus de confiance; ils ont eu tort de provoquer, sur des données non contrôlées, la publicité sur les faits reprochés à Peloux, et de n'avoir pas accepté la voie préalable de vérification amiable proposée par ce dernier dans sa lettre précitée du 29 Décembre 1881. Ils ont encore aggravé leurs torts et l'étendue des dommages, quand, après le retrait de la plainte, l'ordonnance de non-lieu et la sentence rendue par le Tribunal arbitral, ils ont persisté dans

leur système d'accusation, soit devant le Tribunal civil, soit devant la Cour de Justice.

Une pareille poursuite, si longtemps soutenue dans des débats publics, n'a pu que nuire gravement à la réputation et aux intérêts de Peloux-Court et il lui est dû de ce chef une légitime réparation.

Sur la demande reconventionnelle de Haas et C^{ie}, la carte postale envoyée par Peloux à Haas, avec la publicité très restreinte qu'elle comporte en elle-même, est loin de revêtir le caractère grave que présentent les faits reprochés à Haas et C^{ie} et d'entraîner des conséquences aussi préjudiciables que celles résultant d'une dénonciation à l'autorité publique et de débats judiciaires soutenus pendant si longtemps. On peut du reste comprendre, sans toutefois l'excuser complètement, la lettre écrite par Peloux-Court, poursuivie comme il l'a été par l'accusation obstinée et mal fondée dont il a été l'objet de la part de la maison Haas et C^{ie}.

Dans ces circonstances il y a lieu, par voie de compensation, de réduire d'une manière équitable la somme due à Peloux-Court pour dommages-intérêts.

C'est contre cet arrêt que B. Haas jeune recourt au Tribunal fédéral, concluant à ce qu'il lui plaise:

a) en ce qui concerne les conclusions du sieur Peloux, les repousser, et, subsidiairement, réduire notablement le chiffre de 7000 fr. alloué à Peloux à titre de dommages-intérêts par l'arrêt dont est recours;

b) adjuger à B. Haas jeune les fins de sa conclusion reconventionnelle, — le tout avec dépens.

Dans sa plaidorie de ce jour, le représentant de Peloux-Court a conclu au rejet du recours.

Statuant sur ces faits et considérant en droit:

1° Les Tribunaux genevois se trouvaient, dans l'espèce, en présence de deux actions bien distinctes, à savoir la demande de dommages-intérêts formée par Peloux-Court contre Haas et C^{ie}, et la demande reconventionnelle de Haas et C^{ie}, fondée sur les imputations calomnieuses contenues dans la carte postale à eux adressée par Peloux le 13 Février 1884.

En ce qui concerne la demande de Peloux-Court, il est

incontestable qu'elle se base en première ligne sur le fait de la plainte portée au parquet genevois le 12 Janvier 1882 par Haas contre le demandeur, et de l'enquête pénale qui s'en est suivie.

Dans son exploit introductif d'instance, Peloux se fonde exclusivement sur la dite plainte, soit dénonciation calomnieuse, et sur le préjudice qu'elle a causé au requérant. Ce n'est que dans le courant de 1883 que, par surabondance de droit et d'une manière accessoire, Peloux signale, en outre, comme un élément subsidiaire du dit dommage, les agissements ultérieurs de Haas et C^{ie}. Il suit de là que le fait dominant sur lequel la demande s'étaye est antérieur au 1^{er} Janvier 1883, et qu'aux termes de l'art. 882 C. O., ses effets juridiques doivent rester régis par les dispositions du droit cantonal, en vigueur à cette époque. Le Tribunal fédéral ne serait compétent pour entrer en matière sur ce qui a trait aux agissements de Haas et C^{ie} contre le demandeur, postérieurs à la dite date, que pour le cas où il serait établi que Peloux les aurait fait entrer, dans l'indemnité par lui réclamée, pour une somme supérieure à 3000 fr.; le contraire résulte de la circonstance qu'il a maintenu, nonobstant ses agissements ultérieurs, le chiffre de sa demande primitive, et, du reste, l'arrêt dont est recours n'attribue aux dits agissements de Haas et C^{ie}, postérieurs au 1^{er} Janvier 1883, qu'un rôle évidemment secondaire dans le dommage total causé au demandeur. Le Tribunal fédéral n'est donc pas compétent pour statuer sur les conclusions de la demande de Peloux-Court, parce qu'elles n'appellent pas l'application du droit fédéral.

2^o Il en est autrement en ce qui a trait à l'action reconventionnelle de Haas et C^{ie}, fondée sur le fait de calomnie, soit sur un quasi-délit consommé par l'envoi, par Peloux-Court, le 13 Février 1884, de la carte postale dont le texte est reproduit ci-dessus.

Vu toutefois la teneur de l'arrêt dont est recours, le Tribunal fédéral, bien que compétent pour statuer sur cette action, n'est pas en situation de pouvoir exercer les attributions que la loi lui confère. Abstraction faite, en effet, de ce que le dit arrêt, suivant une pratique fréquente et regrettable des Tri-

bunaux genevois, ne cite pas les articles de loi sur lesquels son dispositif s'appuie, il omet de statuer directement et distinctement sur les conclusions des parties, en particulier sur les conclusions reconventionnelles de Haas et C^{ie}, et il se borne à constater, pour justifier la somme allouée à Peloux-Court, qu'il y a lieu de réduire d'une manière équitable la somme due à celui-ci pour dommages-intérêts; il est ainsi impossible de voir, d'une part, quelle est l'indemnité totale à laquelle Peloux-Court a droit au regard de la plainte pénale de Haas et C^{ie}, et, d'autre part, à combien s'élèvent les dommages-intérêts alloués par la Cour à Haas et C^{ie} du chef de l'envoi par Peloux de la carte postale incriminée.

Dans cette position, le Tribunal de céans se trouve dans l'impossibilité d'exercer le droit de contrôle que lui confèrent les art. 114 de la constitution fédérale, et 29 de la loi sur l'organisation judiciaire fédérale, et l'arrêt de la Cour de Justice ne saurait subsister. Il y a donc lieu de renvoyer la cause à la dite Cour dans le sens des considérations qui précèdent, dans le but de la mettre en mesure de prononcer sur l'appréciation séparée du dommage causé à Peloux-Court par la plainte pénale dirigée contre lui par Haas et C^{ie} le 12 Janvier 1882, et du dommage né, d'autre part, au préjudice de Haas et C^{ie}, du chef de la carte postale susvisée. Il reste loisible à la Cour de justice de faire comparaître à sa barre les parties et de les entendre en contradictoire avant de prononcer son arrêt; communication du dit arrêt sera donnée aux parties, suivant les formes ordinaires de la procédure cantonale, pour leur permettre, cas échéant, de recourir à nouveau au Tribunal de céans, conformément à l'art. 29 de la loi sur l'organisation judiciaire fédérale.

Par ces motifs,

Le Tribunal fédéral

prononce :

L'arrêt rendu le 3 Juillet 1886 par la Cour de justice de Genève est annulé et la cause est renvoyée à cette autorité judiciaire.